

Der „Volkswacht“
erschien wöchentlich 4 Mal
und ist durch die
Expedition, Neue Wapenstr. 58,
mit durch Postbestellung zu beziehen.
Preis vierteljährlich 2.50,
von Wapen 20 Pf.
Durch die Post bestellbar 2.50,
frei im Haus 2.92,
wo keine Post ist 3.34.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.



Bestellungsbedingungen:
Für die vollständige Colonisation
des neuen Raums 20 Pf.
Stündliche Zeitung 40 Pf.
Sonntagsblätter 20 Pf.
Sonderhefte 1 Pf.
Anzeigen im „Volkswacht“ 15 Pf.
Kleinanzeigen 10 Pf.
Werbung in den Beilagen 25 Pf.
15 Pf. wöchentlich.
Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis Donnerstag 5 Uhr in der
Expedition abgegeben werden.

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 1.

Breslau, Freitag, den 2. Januar 1914.

25. Jahrgang.

Bulgarien und sein König.

Aus Sofia, der bulgarischen Hauptstadt wird uns vom 30. Dezember geschrieben:

Die Ergebnisse der letzten Kammerwahlen in Bulgarien wurden durch zwei Faktoren beeinflusst: durch das neue Wahlsystem, gegründet auf der proportionellen Vertretung, und durch eine starke Wandlung in der Stimmung der Wähler nach dem Kriege.

Bis jetzt fanden die Wahlen in Bulgarien nach einem System statt, daß der Partei, die die relative Mehrheit der Stimmen im Bezirk bekam, alle Mandate zustießen. Infolge der weitgehenden Zersplitterung der bulgarischen Parteien und des Drucks der Behörden gelang es der Regierungspartei immer, fast alle ihre Kandidaten ins Parlament zu bringen. Wenn aber die Regierungsmehrheit im Parlament gering war, so löste die Regierung den größten Teil der Wahlen der Opposition und setzte sogenannte „ergänzende“ Wahlen fest, in denen dann fast ausschließlich Regierungskandidaten siegten. Auf diese Weise hatte die bulgarische Kammer eine kompakte Regierungsmehrheit und eine unbedeutende, machtlose Vertretung der Opposition.

Diese Praxis hat auch das System des bulgarischen Parlamentarismus aufs äußerste vereinfacht: Der König übte gewöhnlich ein ihm passendes Ministerium. Dieses löste die Kabinets (die Kammer) auf und erhielt in neuen Wahlen eine erdrückende Mehrheit, mit deren Hilfe es fast ohne Kontrolle des Parlaments regierte. Ein Konflikt zwischen der Regierung und dem Parlament war unmöglich. Und die Konflikte zwischen dem Monarchen und der Regierung wurden immer beigelegt durch die Ernennung eines neuen Ministeriums, das die Kammer auflöste, neue Wahlen durchführte und dasselbe Regierungssystem fortsetzte, das sich so als reines persönliches Regime des Königs charakterisierte.

Dank diesem System entwickelte sich die Macht des Königs bis zum Absolutismus. Ganze Gebiete der Staatsverwaltung, wie zum Beispiel die äußere Politik, das Militärwesen und das Verkehrswesen, gingen allmählich in die volle Gewalt des Palastes über. Während des 35jährigen Bestehens des bulgarischen Staates stand das Militärwesen, für das viele Hunderte Millionen aus den Mitteln des Volkes ohne jegliche Kontrolle verausgabt wurden, ausschließlich unter der Leitung des Königs.

Der Kampf gegen dieses Regiment wurde zur Lösung der Opposition und zur Hauptplattform in der soeben abgeschlossenen Wahlkampagne. Mehr als einmal haben die Narodniken, Progressisten und Demokraten den Kampf gegen die Monarchie proklamiert, während sie in der Opposition waren. Aber ihr Kampf beschränkte sich nur auf persönliche Angriffe gegen den König und nahm ein Ende, sobald sie wieder zur Macht gelangten. Dann vergaßen sie nicht nur ihren Haß gegen das „persönliche Regiment“, sie wurden sogar zu Werkzeugen dieses Regimes und scheuten nicht vor der Erweiterung der königlichen Macht durch die Aenderung der Verfassung zurück.

Was die sogenannten liberalen Parteien anbelangt, so kommen sie im Kampfe gegen das persönliche Regiment gar nicht in Betracht, weil sie ihre monarchistischen Gefühle und ihre Gegnerschaft der gegenwärtigen bulgarischen Verfassung gegenüber nie verfehlten. Zu diesen Parteien nahm der König immer in den kritischsten Augenblicken, wenn er um die Erlösung seiner Dynastie zitterte, seine Zuflucht. Auf ihre Hilfe setzt er auch jetzt alle seine Hoffnungen.

Die „liberalen“ Parteien sind im Lande nur durch ihre Gewalttaten, Mißbräuche und Korruption populär. Für diese Verbrechen sind sie schon einmal von dem Staatsgericht verurteilt worden, und in kurzer Zeit werden auch der gegenwärtige Minister des Aeußeren, Genabiew, und seine ehemaligen Kollegen, General Samow, Gubew und Chalatschew, vor dem Tribunal zu erscheinen haben. Diese unangenehme Perspektive ließ die liberalen Parteien den Krieg mit Freunden zustimmen, weil sie hofften, daß bei den Siegesfeiern der Truppen die Öffentlichkeit ihre Verbrechen vergessen oder verzeihen würde.

Die Niederlage Bulgariens hat den Fall des Ministeriums Dr. Danew und damit auch die Kompromittierung der russenfreundlichen Politik zur Folge gehabt. Als der König diese Niederlage sah, beeilte er sich, eine läche Wendung in der äußeren Politik von Rußland zu Oesterreich zu machen. Unter dem Vorwande, eine Revision des Bukarester Vertrages mit Hilfe des Dreibundes anzutreiben, wurde ein Ministerium aus dem Oesterreich freundlichen liberalen Parteien gebildet; aber der Zweck dieses liberalen monarchistischen Bündnisses lief nur auf die gegenseitige Rettung der Dynastie und der liberalen Parteien vor dem Volksgerichte hinaus. Die liberale Koalition und der König hofften, weil andere bürgerliche Parteien und die russophilen Konfessionsparteien waren, es würde ihnen gelingen, auch unter dem proportionellen Wahlsystem eine große Mehrheit zu bekommen.

Aber die Regierung vergaß die sozialdemokratische Partei und die Landwirtschaf-

liche Vereinigung, eine Partei, die im Kampfe gegen das persönliche Regiment an der Seite der Sozialdemokratie stand. Die Sozialdemokraten zogen in den Wahlkampf mit der Losung: Republik für Bulgarien und für die Balkanhalbinsel, als der einzigen Garantie für den Frieden auf der Balkanhalbinsel, und für die demokratische Entwicklung im Innern des Landes. Die Schrecken des soeben erlebten Krieges und die Aussichten auf neue Kriegszersplitterung durch eine Revanche-Politik haben die bulgarischen Wähler sehr empfänglich gemacht für die sozialistische Parole des Friedens, der Notwendigkeit der Demokratie und der Republik. Und die Wähler haben der bulgarischen Sozialdemokratie etwa 110.000 Stimmen und 87 Mandate gegeben. Die Landwirtschaftliche Vereinigung erhielt dank ihrer entschledenen Haltung gegen den Monarchismus und alle bürgerlichen Parteien, etwa 120.000 Stimmen und 48 Mandate. Die Demokratische Partei erhielt 40.000 Stimmen und 14 Mandate, die Narodniken (Volkspartei) und die Radikalen je 5 Mandate, die Fortschrittlichen, das heißt die Vertreter der ausgesprochenen Russenfeindschaft, nur 1 Mandat, und die Regierungskoalition, trotz aller Repressalien, im ganzen 210.000 Stimmen und 94 Mandate.

Man kann also sagen, daß bei den Wahlen am 7. Dezember die Regierung geschlagen worden ist. Aber noch empfindlicher ist die Niederlage der bürgerlichen Parteien. Die Macht der liberalen Koalition ist nur eine Scheinbare, sie erklärt sich daraus, daß diese Koalition gerade am Ruder ist.

Die letzten Wahlen ergeben für die regierenden Parteien der bulgarischen Bourgeoisie und vor allem für die Koalition der liberalen Parteien das Dilemma: Entweder mit der Praxis des persönlichen Regiments brechen und den Weg der parlamentarischen Regierung zu betreten, oder das Parlament aufzulösen, auf administrative Weise das proportionelle Wahlsystem aufzuheben, neue Wahlen nach dem früheren System durchzuführen, die notwendige Mehrheit zu gewinnen und das Land nach dem alten Brauch zu regieren, zum größeren Ruhm der Monarchie und der Parteieninteressen-Politik.

Der erste Weg führt zur Verhugung des Landes, zur Eröffnung legaler Bahnen im Kampfe für Demokratie und Republik. Aber genau ist die unmittelbare Enttarnung des Parlaments und die unverzügliche Demission des Kabinetts notwendig.

Der zweite Weg führt zum Bürgerkrieg — zur gewalttätigen Wiederherstellung der früheren unbeschränkten Macht der Regierung oder zu ihrem noch gewalttätigeren Sturz. Welchen dieser beiden Wege die Regierung betreten wird, das muß sich in den nächsten Tagen zeigen.

Politische Uebersicht.

Prophezeiung auf 1914.

Für die bürgerlichen Parteien kam diesmal der Regenjammer schon vor dem Bunt. Ein unfrohes, bängliches Gefühl geht durch die Neujahrsbetrachtungen ihrer Presse. Mit inneren Kämpfen hat das alte Jahr geendet, mit Konfliktstoffen ist auch die Atmosphäre des neuen Jahres geladen, und ängstlich fragt der Philister, was das werden soll.

Die Junker kennen die Stimmung des deutschen Großbürgertums, und sie wissen, daß keine Spekulation verhältnismäßig so sicher ist, wie die Spekulation auf die bürgerliche Feigheit. Der Einschüchterungspolitik, die sie den Bürgertlichen gegenüber betreiben, entspricht auch die düstere Prophezeiung auf das Jahr 1914, die ihr Führer, Graf Westarp, durch eine Korrespondenz der Öffentlichkeit übermittelt hat. Der Graf erklärt:

Für die Staatsberatungen kommt in Betracht, daß bei den letzten Verhandlungen eine große Mehrheit des Reichstages unter dem suggestiven Einfluß von links her Beschüsse gefaßt hat, die gar nicht anders gedeutet werden können, als ein Vorstoß gegen das unter dem Oberbefehl des Kaisers stehende Heer, als ein Versuch, das Heer zu demoralisieren, die Kommandogewalt unter den Einfluß des Reichstages zu heugen und Nachbesserungen des Reichstages über die verfassungsmäßig gegebenen Befugnisse hinaus, namentlich auch auf dem Gebiete der Ernennung und Entlassung des Reichskanzlers und seiner Stellvertreter herbeizuführen. Der Bundesrat und die Reichsregierung werden und müssen allen diesen Bestrebungen einen unbeweglichen Widerstand entgegensetzen. Wenn sie daher, wie die Sozialdemokratie, ausdrücklich angeklagt hat und wie es auch sonst nicht unwahrscheinlich ist, in den bevorstehenden Verhandlungen erneut hervorzuheben und zu bedenklichen Beschlußfassungen über den Etat führen sollten, dann ist allerdings die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß uns sehr schwere parlamentarische Kämpfe bevorstehen.

„Sehr schwere parlamentarische Kämpfe von ernster Bedeutung“. Solche Worte brauchen nur ausgesprochen zu werden, um bei gewissen Politikern Symptome von einer akuten Gemütskrankung hervorzurufen. Mit kaltem Schweiß auf der Stirn und zitternden Beinen macht der national-liberale „Deutsche Kurier“ einen letzten Versuch seinen Mitmenschen zu sagen, bedenk vor Entschü-

Wir nehmen im Interesse des Reichstagsabgeordneten Grafen Westarp an, daß diese Mitteilungen unrichtig sind. Denn eine größere Verbreitung der Tatsache und eine böswillige Unterstellung als die, daß die in Frage kommenden bürgerlichen Parteien des Reichstages, darunter auch die national-liberale Partei gegen das Heer vorzugehen sei und die Kommandogewalt des Kaisers unter dem Einfluß des Reichstages bringen zu wollen, kann es doch nicht geben. Der Graf wird gut tun, sich zu äußern, ob er wirklich solche Unglaublichkeiten von sich gegeben hat.

Das ist, wer wollte es leugnen, die Sprache der Unschuld. Wer kann noch daran zweifeln, daß es die brave National-liberalen verleumben heißt, wenn man von ihnen behauptet, sie wollten etwas. Wir können den Gefährten die Versicherung geben, daß neun Zehntel des deutschen Volkes die „Unglaublichkeiten“ des Grafen Westarp mit hellem Gelächter aufnimmt, denn der Gedanke, die National-liberalen könnten für die Umwandlung des deutschen Heeres in ein Volkshier und für die Rechte des Reichstags kämpfen, ist doch wirklich gar zu lächerlich. Allerdings ist zu befürchten, daß gerade diejenige Stelle, auf die es dem Grafen Westarp mit seinen Denunziationen und dem „Kurier“ nur seinen Unschuldsbeteuerungen ankommt, die Dinge mit anderen Augen sieht. Für sie mag schon die national-liberale Fraktion eine höchst verdächtige Gesellschaft sein, die von künstlichen Nobespierres wimmelt, und Herr Basserfmann selbst ist ihr eine Basserfmannsche Gestalt.

Aber trotz solcher tragikomischer Mißverständnisse wird wohl in dieser Beziehung auch im neuen Jahre alles beim Alten bleiben, und Entschlossenheit wird rechts von der Sozialdemokratie wohl nirgends zu finden sein als bei den Konservativen. Das gilt für den Kampf im Reich, das gilt auch für den Kampf in Preußen, für den Herr Dertel in der „Deutschen Tageszeitung“ das Gelöbnis starrer Unnachgiebigkeit erneuert:

Preußen hat bisher gegen die demokratische Hochkultur standgehalten. In Preußen hat man nur selten vor der anwachsenden Demokratie die Bewegungen gemacht, an die wir uns anderwärts leider bemähen haben gewöhnen müssen. Das Preußentum ist das Rückgrat des Deutschen Reichs... es kann aber diese Aufgabe nur erfüllen, wenn es sich zu kühneren Tugenden entfalten und die Demokratie herbeiführen läßt... Den demokratischen Versuch darf auch nicht der kleine Finger, nicht ein Glied des kleinen Fingers gereicht werden!

Wir treten in das sechste Jahr der Nichterfüllung eines königlichen Versprechens. Und gerade dieses Jahr erscheint dem Wortführer des Junkertums als „die allernüchternste Zeit, solche Gedanken in die Tat umzusetzen.“ Am 8. Januar wird der preussische Landtag mit einer Thronrede eröffnet werden, die, wie es heißt, von einer Wahlreform nichts enthalten wird. Soll auch das Jahr 1914 vorübergehen, ohne daß es gelingt, die preussische Junkerdictatur zu brechen?

Jedenfalls wird aber auch das Jahr 1914 voll von Kämpfen sein, und je eckiger diese Kämpfe sein werden, desto freundlicher wird das Proletariat in sie eintreten. Es läßt sich nicht schreden durch die düstere Miene, mit der der ehemalige Schöneberger Polizeipräsident für das begonnene Jahr großes Unheil prophezeit. Es wird aller feigen Gedanken bängliches Schrecken getroffen jenen Schichten des liberalen Bürgertums überlassen, die über „Unterstellung“ kammern, wenn man ihnen zumutet, sie wollten kämpfen.

Jagow und die anderen.

Ueber die amtliche Erledigung des Falles Jagow hat das übliche Rätselraten begonnen. Die Regierung weiß — wie gewöhnlich — nicht, was sie machen soll. Die Geheimräte speisen neugierige Journalisten mit dunklen Sprüchen ab, aus denen sie sich ihre Werke machen. Bei Scherl sollte man wissen, daß Herr v. Jagow auf Aufforderung des Ministers des Innern dem Staatsministerium eine eingehende schriftliche Darstellung seines Falles habe zugehen lassen. Gleich dahinter aber kommt die „Post“ und erklärt, die Meldung entpfeche, wie sie an zuständiger Stelle erfahren habe, nicht den Tatsachen. Der Gedanke, daß Herr von Dallwig gegen seinen Partei- und Standesgenossen Jagow irgendwas unternehmen könnte, wirkt ja allerdings garabzu kamisch. Mit Recht wird außerdem darauf hingewiesen, einer wie großen Beliebtheit sich der Berliner Polizeipräsident bei Hote erfreut. Es ist in Preußen traditionell, daß der hauptstädtliche Polizeichef, der für den Schutz der kaiserlichen Familie zu sorgen hat, in besonderem Maß hofliche Vertrauensperson ist und eine einflußreichere Rolle spielt. Verschiedentlich wird angedeutet, daß Herr v. Westmann zu geben beabsichtige, falls er nicht Jagow gegenüber Stellung erhalte. Der Reichskanzler, der dem Mißtrauensvotum des Reichstages getrotzt hat, fiels abgesehen über das Mißtrauensvotum eines ihm unterstellten Polizeipräsidenten.

Zwischen gibt die Jagow-Presse immer neue Bemerkungen über fernste Unversämtheit, indem sie fortfährt, gegen alle Welt — bloß nicht gegen den Polizeipräsidenten — die parlamentarische Maßregeln zu fordern. So ist die „Frankfurter Zeitung“ aufgelegt darüber, daß sich die „Abteilung“ in einem Briefe kaiserliche Kabinetsstände auf Ministerial-Niveau

Jahres-Reste-Verkauf

Ohne Rücksicht auf die regulären Verkaufspreise u. die entstehenden Verluste gelangen alle während des Jahres u. im Weihnachts-Ausverkauf angesammelten Reste u. Kupons zu Einheitspreisen zum Verkauf

Jeder Rest
und
jeder Meter
zum Aussuchen

25 Pfg.

Hemdentuch, Chiffon-, Spitzen-, Nessel-
u. Trikot-Reste, Handtücher, Wischtücher,
Servietten, Aufnehmer, Waschstoffe,
Posamenten etc.

Jeder Rest
und
jeder Meter
zum Aussuchen

50 Pfg.

Weißes Wasch- und Schürzenstoff-Reste,
Batist à jour, Handtuch-Reste, Hemden-
tuch-Reste, Waschstoff-Reste, reinwollene
Musselins, Blusen-Popeline, Weißwaren,
Spitzen, Bänder-Reste etc.

Jeder Rest
und
jeder Meter
zum Aussuchen

75 Pfg.

Reinwollene Kleiderstoff-Reste, Woll-
Musselins, weiße Waschstoffe, Damaste,
Tischtücher, Bettuch-Leinen und Chiffon-
Reste, Handtuch-Reste.

Schwarze und farbige

Reste Kleiderstoffe
Reste Kostümstoffe
Reste Seidenstoffe
Reste Wollmusseline
Reste Waschstoffe, Velour
Reste Schürzenstoffe
Reste Inlettstoffe
Reste Handtuchstoffe
Reste Gardinenstoffe
Reste Läuferstoffe

USW. USW.

Jeder Rest
und
jeder Meter
zum Aussuchen

95 Pfg.

Reinwollene Kleiderstoff- u. Blusenstoff-
Reste, Seidenstoff-Reste, Woll-Musselins
weiße Waschstoffe, Weißwaren, Handtuch-
Spitzen-, Bänder-Reste, Tischtücher.

Jeder Rest
und
jeder Meter
zum Aussuchen

150 Mk.

Beste Kleiderstoff- und Blusenstoff-Reste,
Seidenstoff-Reste, Musselins und Wasch-
stoff-Reste, Weißwaren-Reste, Tischzeug-
und Handtuch-Reste.

Jeder Rest
und
jeder Meter
zum Aussuchen

195 Mk.

Die besten Kleiderstoff- und Seidenstoff-
Reste, reinwollene Musselins und weiße
Waschstoff-Reste, Leinen-, Weißwaren- u.
Baumwollwaren-Reste, prima Tisch- und
Bettwäsche.

12168

Außer diesen angeführten 6 Einheitspreisen sind viele Reste Kleider- und Seidenstoffe in besonders wertvollen und ganz teuren Qualitäten ungemein niedrig im Preise herabgesetzt.

M. Schneider,

Neue Schweidnitzerstr. 1

vis-à-vis dem Kaiser-Wilhelm-Denkmal.

Achtung Hausfrauen!
ausgezeichnete Lager von Tisch-, Bett- und Seidenstoffen,
Bettdecken, Kissenstoffen, Gardinenstoffen, Armaturen, etc.
Gedruckte Stoffe u. Säubern. - Big. Anfertigung nach Maß.
Nebenstraße Nr. 56.
Robert Jahn, Ecke Neustadtstraße.

Grad- u. Bekleid.-Anzüge
wie Klapp- u. Faltüberhüte
sowie leicht
H. Anders,
Schwendlerstr. 8, Ecke Alsenstraße

Gerstäcker's Werke.
Vollausgabe in zwei Bänden, reich illustriert,
in Raten von 50 Pf. (Gesamtpreis 3,00 Mark)
Zu beziehen durch Expedition und Korrespondenz.

Die folgende Mittelrechnung mit **Ammann's Binderfamilie**
Nagel
Lieferung frei fact

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 2. Januar.

Breslauer Kommunal-Chronik 1913.

Januar.

- 1. Einbringung der neu gewählten Stadtverordneten. Die sozialdemokratische Fraktion ist jetzt mit 18 Mann vertreten. Wiederwahl des bisherigen Vorstandes. Der Oberbürgermeister kündigt Steuererhöhungen an. Der Magistrat wird ermächtigt, mit den Angestellten des Stadtheaters 3 jährige Verträge abzuschließen.
- 2. Die Verwendung von 400000 Mark von dem dazu bestimmten Fonds für Kranken-, Armen- und Schulhausbauten, vertreten vom Kämmerer und Genossen Löbbe, wird von den Stadtverordneten Jexon, Seittinger und Panke bekämpft und gegen unsere Stimmen auf 1 Jahr vertagt. Genosse Reutlich und Zimmer bringen die im Bureau XIII durch Ratsekretär Scholz verschuldeten Nebelstände scharf zur Sprache. Angenommen werden die Anträge auf Ausgestaltung der allgemeinen Krankenversicherung, der neue Tarif und die Betriebsordnung für die Gasverwaltung, 140000 Mark für Zierfärbung des Däckers am Behndelberg und Leistung der Versicherungsbeiträge für städtische Angestellte durch den Magistrat. Abgelehnt wurde von den Freisinnigen und Mittelständlern der Magistratsantrag auf eigene Verstellung von Zeller und Umonaden für den Bedarf der Nervenklinik. Genosse Reutlich sprach für den Magistratsantrag.
- 3. Für die städtische Straßenbahn werden dreieinhalb Millionen Markausgaben von 1911 bewilligt. Ein Antrag, 1500 Mark Beiträge für den Breslauer Ortskrankenkassen zu bewilligen, geht an Ausschuss VII. Bei der Debatte über Errichtung einer zweiten Schulklasse befragt Stadtverordneter Pörschel die „Urzeit“ für die Debatte der Volksschulen, demgegenüber Genosse Wiener nachweist, daß noch zu wenig für sie geleistet wird. In den Ausschuss I wird noch Genosse Löbbe, in den Ausschuss VIII Genosse Wiener gewählt.
- 4. Angenommen wird der Antrag, der Trinkerfürsorge für 1912 noch 5000 Mark zu bewilligen. Genosse Zimmer tritt dafür ein, Stadt, Frankenstein als Syndikus des Brauereibezugsverbandes spricht gegen die Bestimmungen und stimmt allein mit einem Gastwirt gegen den Antrag. Für die Erhöhung der Grundsteuer regt Genosse Zimmer eine Staffelung nach dem Einkommen an.

Februar.

- 5. Beginn der Staatsberatung. Kämmerer Matthes rechtfertigt die Steuererhöhungen durch die Kosten der Jahrhundertfeier, des Theaters, der Wasserfrage, der Uebernahme der elektrischen Bahn etc., kündigt eine neue Anleihe an, verlangt Erhöhung der Straßenbahnabonnements und verschobener Gebühren. Berichtsführer Seittinger besteht auf Kostensenkung mit Ausnahme des Armenwesens und der Straßenbeleuchtung. Die Haftpflichtversicherung für die neu übernommenen Straßenbahnen wird wesentlich erhöht gegen den Widerspruch des Stadt, Konietz, der eine Neuanschreibung fordert.
- 6. Fortsetzung der Staatsberatung. Genosse Löbbe verlangt Erhöhung der Steuern und die Aufwendung für die Jahrhundertfeier, bespricht die Straßenbahn, Arbeitslosenfürsorge, Armen- und Schulerat, das Armenwesen, die Fleischversorgung usw. Stadt, Seiffel spricht für Sparmaßnahme und empfiehlt dabei eine Menge kostspieliger Neuerungen. Er verlangt auch streng funktionelle Schulen. Stadtschulrat Pack betont demgegenüber das Festhalten an der gemischten Schule. Genosse Zimmer regt an, auch die Lehrlinge der Fabrikbetriebe an der städtischen Fortbildungsschule zu beteiligen. Zur Verbesserung der Schifffahrt werden 140.000 Mk. und 15 Hektar Land für die Kanalerneuerung bewilligt.
- 7. Einfluß der allgemeinen Haushaltsberatung. Stadt, Hamburger I empfiehlt Fundhäuser. Genosse Schick I bringt berechtigte Klagen der städtischen Arbeiter vor; Oberbürgermeister Mattinger sagt Absicht zu. Stadt, Hamburger II ist gegen eine Erhöhung der Straßendarmen, Stadt, Panke gegen Verwilligung von Steuererhöhungen und Anleihen. Die sozialdemokratische Fraktion stimmt vergeblich gegen die neuen Vorschläge am Johannes-Gymnasium.
- 8. In der Aussprache über die Beschleunigung des Vandalenabbruchs spricht Genosse Schick I vergeblich dagegen und beantragt das Geld für die Arbeitslosen. Bei Besprechung der Verlegung Breslaus in die Gerbstadtklasse A verlangt Genosse Löbbe Berücksichtigung der kleinen Beamten und Unterstützung der Lebensmittelpreise. Gegen Löbbe's Einwendungen wurden die Erhöhung der Kinosteuer und die arge Abstriche am Volksschulrat angenommen. Abgelehnt werden die von Genossen Wiener beantragten und be-

gründeten Anträge auf Beihilfe für Schulunterricht in Lebensrettung und Erhöhung des Etats für die Volksschulbibliotheken. Stadt, Mattinger befragt sich über die Verweigerung von Turnhallen an den Verein „Felsy Dahn“. Genosse Landsberg wiederholt seinen Anspruch auf Turnhallen für die freien Turner.

März.

- 9. Die Grundsteuer wird auf 25 und 35 Mark für einen zweiten Hund erhöht. Genosse Schick tadelt die geringfügigkeit der Anmengen der Erhöhungen, mangelhafte Bekämpfung der fraglichen Verfügung und die unzulängliche Heranziehung der Frauen zur Armenpflege. Stadtrat Welterion stimmt dem bei und verspricht Beihilfe. Für den Ortskrankenkassentag werden 1500 Mark bewilligt. Der für unsere Fraktion unterstüßte Magistratsantrag, die Hausbesitzer zu den Reinigungskosten der Straßenhüllen an Gehwegenhüllen und der Asphaltstraße heranzuziehen, wird abgelehnt. Angenommen wird das Haus Wasserstraße 11.
- 10. Angenommen werden: Magistratsanträge auf Ankauf der Häuser Uferstraße 53a bis 57 für 178000 Mark, die Entzerrung des Grundstückes Büttnerstraße 18, die Verlängerung der Verachtung des Wischamer Gasbaues, die Mietung von Schulräumen der Fortbildungsschule Junkerstraße 88/40 für 1500 Mark jährlich und der Antrag Pörschel auf Errichtung eines Wandbretzsaales zur ersten Beilehung bekannter städtischer Grundstücke bis zu 80%. Ein von Genossen Wiener eingebrachter und eindringlich begründeter Antrag auf Verleihung an 2. Stelle von Wohnhäusern mit guten Kleinwohnungen bis zu 75% wird mit geringer Mehrheit abgelehnt. Der Magistrat verlangt 4000000 Mark zur Erweiterung der bestehenden Wasserwerke; ein Ausschussantrag will Wasser im Norden unter dem Teich und ein Antrag des Stadtverordneten Dr. Dzigelky im Distrikt suchen lassen. Die Stadtverordneten Mattinger und Pörschel begründen den Magistratsantrag, Dzigelky den seinigen. Die Aussprache wird vertagt.
- 11. Genosse Löbbe verlangt Regulierung der Größschenerstraße. Der Antrag des Genossen Zimmer, die Lehrkräfte des Fuhrwerksbetriebes an der Fortbildungsschule teilnehmen zu lassen, wird angenommen, ebenso der Magistratsantrag auf Uebernahme der Beiträge für die neuen Versicherungsstellen der städtischen Angestellten. Die Freistellen an Mädchen-Mittelschulen werden auf 11% erhöht. Ferner werden bei sozialdemokratischer Zustimmung angenommen die Anträge, die Unterhaltungskosten für die bei der Stadt geschickte Schrottholzkirche zu berechnen, die Mehrkosten von 94000 Mark für die Marksteinrichtung auf der Klosterstraße 72/78, die Erhebung der Gasmeßermiete nicht nach Prozenten des Verbrauchs zu übernehmen, das neue, verbesserte Ortsstatut der Fortbildungsschulen. Ferner wurden die letzten Stadtverordnetenwahlen als gültig erklärt.
- 12. Wiederaufnahme der Aussprache über die Grundwasser-Verordnung. Stadtverordneter Pörschel antwortet die Bauern in Schwentzig, Stadtverordneter Jungfer bekämpft sie. Genosse Landsberg tritt für die Magistratsvorlage ein, gegen die Bohrungen in Wilhelmstug und für die vom Stadtverordneten Dzigelky vorgeschlagenen Versuche, verlangt auch eine bessere Behandlung der Arbeiter bei den Wasserwerken, die Einsetzung einer Studienkommission und die Anstellung eines hydrologischen besonders gut ausgebildeten Sachmanns. Der Magistratsantrag wurde angenommen, die Anträge Landsberg abgelehnt. Zur Erleichterung des Verkehrs wird beschloßen, Ohlauerstraße 85 anzukaufeln, Nr. 36/37 zu entriegeln und die Straße zu erweitern.

(Fortsetzung folgt.)

Städtische Notstandsarbeiten.

Unter den Notstandsarbeiten, wo für die Stadtverordnetenversammlung bereits im Sommer die Mittel bewilligt, war neben den Erdarbeiten auf den Morgenauer Wiesen auch das Schlemmen von Gewässern im Scheitniger Park vorgesehen, dafür wurden 28.000 Mk. ausgeworfen.

Die Strecke der Scheitniger Parkgewässer, die sich vom Wasserlaube aus abwärts bis zur Einmündung ins Schwarzwasser hinzieht, hat schon seit Jahren die sich immer mehr anammelnden Schlammmassen, die schon offenutage treten, und nur noch ein schwaches Rinnsal für das abfließende Wasser freilassen, einen unansehnlichen Anblick. Auch bildeten sie mit einem Bruchteil für das Müllergeschmeiß und trugen so nicht wenig zu der Scheitniger Mülldeponie bei. Mit den geplanten Schlemmarbeiten mußte bis zum Eintritt trockenen Frostwetters gewartet werden, damit bei den Arbeiten die Uferböschungen nicht zu sehr beschädigt würden.

Seit einigen Wochen nun ist von der Parkverwaltung an der Beseitigung der Schlammassen gearbeitet worden. Der Schlamm, der eine Mächtigkeit bis zu 70 Zentimeter hatte, wird mit einer Feldbahn herausgeführt, auf einer Wiese abgelagert und mit Kalz bedünkt. Nach Wegnahme der wässrigen Bestandteile sollen die verbleibenden festen Schlammteile auf die angrenzenden Wiesenflächen ausgebreitet werden, wo sie nicht nur

den Graswuchs düngen, sondern auch humusbildend wirken werden. Es sind den Gewässern mehr als 1000 Kubikmeter Schlamm entnommen worden, die nach dem Trocknen auf etwa ein Drittel zusammenfällt. Bei der Ausführung dieser Arbeit wurden Arbeiter beschäftigt, die dadurch für die Weihnachtsfeiertage etwas verdienen konnten.

Walderholungsstätten für Volksschüler.

Als segensreich haben sich die Walderholungsstätten in Carlswitz und Döwiz im verflossenen Schuljahre an den dort untergebrachten Schulkindern erwiesen.

Nach den amtlichen Berichten waren in Carlswitz 142 Knaben, in Döwiz 182 Mädchen untergebracht. Gesundheitlich, erzieherisch und unterrichtlich sind nur die besten Erfahrungen gemacht worden. Es war eine Freude zu beobachten, wie Knaben und Mädchen, die meistens unterernährt mit blassen Gesichtern, müden Augen und in schlaffer träger Haltung aufgenommen wurden, teilweise schon nach kurzer Zeit aufblühten und eine gesunde Gesichtsfarbe mit fröhlichen Blicken bekamen. Das zwanglose Beisammensein förderte den Stimm der Kinder für Kameradschaft und führte zu gegenseitigen Anregungen.

Daß bei der sichtbaren Besserung ihres Allgemeinbefindens auch eine Zunahme der geistigen Tätigkeit wahrgenommen wurde, ist erklärlich. So kamen denn auch fast alle Kinder nach der Rückkehr in ihre frühere Schule gut in den einzelnen Klassen mit und konnten berufen werden.

So erfreulich sich nun auch die Breslauer Walderholungsstätten bewährt haben, so sehr ist es zu beklagen, daß diese segensreiche Einrichtung nicht noch mehr Kindern zugänglich gemacht werden kann. Darin müßte unbedingt recht bald etwas geschehen. Tatsache ist, daß die vorhandenen Anlagen bei weitem nicht dem Bedürfnisse genügen; eine Erweiterung oder eine Vermehrung der Walderholungsstätten ist dringend geboten. Vielleicht läßt es sich ermöglichen, daß wenigstens die aller schwächlichsten Kinder auch über Nacht in den Walderholungsstätten bleiben können. Die Ausgaben, die dadurch der Schulverwaltung entstehen, würden sich später doppelt und dreifach wieder ausgleichen.

Städtische Beihilfe für den Zoologischen Garten. Die Aktiengesellschaft Zoologischer Garten hat den Magistrat um Bewilligung einer einmaligen Beihilfe von 80.000 Mk. und Erhöhung des jährlichen Beitrages von 5000 Mk. auf 15.000 Mk. gebeten. Der Magistrat hat die Notlage der Gesellschaft anerkannt und beschloßen, eine einmalige Beihilfe von 20.000 Mark zu gewähren. Wegen Erhöhung der jährlichen Beihilfe wird der Stadtverordneten-Versammlung ein besonderer Antrag als Anlage zum Haushaltsplane verschiedener Einnahmen und Ausgaben zugehen.

Der Gehrentarif des Schlacht- und Viehhofes ist durch zwölf Nachträge unübersichtlich geworden und muß deshalb neu aufgestellt werden. Der Magistrat hat der Stadtverordneten-Versammlung eine entsprechende Vorlage zugehen lassen.

Für den städtischen Hausfrauen-Verein sind im städtischen Haushalt 1913 anbarer Beihilfe 8000 Mark eingestellt. Dieser Betrag reicht bis zum 1. April 1914 nicht aus; der Verein bedarf vielmehr, um bis zu diesem Tage wirtschaften zu können, nach den dem Magistrat gegebenen Anstellungen einer weiteren Beihilfe von ungefähr 1200 Mark, welche die Stadtverordneten-Versammlung bewilligen soll. Bemerkenswert ist noch, daß der Verein in seinem vorletzten Geschäftsjahre — vom 1. Oktober 1911 bis zum 30. September 1912 — 8225 Stellen und in dem am 30. September 1913 abgelaufenen Geschäftsjahre 3455 Stellen vermittelt hat.

Neubau des Magdalenen-Gymnasiums. Auch das Magdalenen-Gymnasium an der Magdalenenkirche ist sehr überfüllt; Magistrat und Stadtverordnetenversammlung sind darin einig und wollen einen Neubau. Der Streit geht aber darüber: wo soll das neue Gymnasium gebaut werden. Der konserwative Stadt, John und 21 andere Stadtverordnete beantragen jetzt für den Neubau des Magdalenen-Gymnasiums einen Bauplatz in der inneren Stadt, und zwar den der Stadt gehörigen geschlossenen Friedhof am Ohlauer Stadtgraben zu wählen.

Der städtische Krüppelfürsorgeverein hat den Magistrat um eine Jahresbeihilfe von 1000 Mk. ersucht. Bisher bringt die Armenverwaltung die ihr zur Last fallenden jugendlichen Krüppel nur in auswärtigen Anstalten unter, wodurch nicht unerhebliche Transportkosten erwachsen, die ganz oder doch zum größten Teil eripart würden, wenn am hiesigen Orte eine entsprechende Veranstellung ins Leben gerufen würde. Dies bezweckt der städtische Krüppelfürsorgeverein. Um die Entwicklung des Unternehmens tunlichst zu beschleunigen, hat die Armenverwaltung die Bewilligung der erbetenen Beihilfe beschloßen.

Stadt-Theater.

Zum 1. Male: „Parsifal“, ein Bühnenweihfestspiel in 3 Aufzügen von Richard Wagner.

Es war vorauszu sehen, daß zwei Männer von der Intelligenz der Herren Prüwer und Richter, die Inszenierung und musikalisch Auffassung des „Parsifal“ seit Jahren an der Quelle studiert haben, dort, wo sie selbst künstlerisch wirken, keinen Fehlgriff begehen werden. Und was sie mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln leisten konnten, das haben sie redlich geleistet. Das Werk spielte sich nicht im Stille eines gewöhnlichen Operabendes ab, sondern als wichtige Festveranstaltung, deren Charakter auch in Neuherstellungen gewahrt blieb. Schon vor Beginn eines jeden Aktes verbreitete sich im Zuschauerraum eine feierliche Stille, die darauf hindeutete, daß man etwas Erhabenem entgegengehe. Jetzt, wo das einjährige Werk mit seiner mächtigen Komposition auch bei uns in Breslau seine gewaltige Wirkungskraft bewährt, gilt es, die künstlerische Tat einer Bühnenleitung anzuerkennen, die ihre höchste Pflicht darin sah, mit Würde dem Schwanengesänge des Bayreuther Meisters gerecht zu werden. Unumwunden muß zugegeben werden, daß die Aufführung im ganzen wie im kleinen Charakteren erkennen ließ, wie sehr alle beteiligten Kräfte sich ihrer hohen Aufgabe bewußt waren.

Bei einer Würdigung der einzelnen Faktoren der Aufführung gebührt das erste Wort dem Orchester, das unter Prüwers Leitung eine ausgezeichnete Leistung bot. Sein von tiefem Verständnis getragenes warmes Empfinden, das diesmal nicht überhöht wurde und dennoch seine Wellen warf und die Musiker zur vollen Eingebung anzuregte, hat seine volle Wirkung getan. Diese

außerordentliche Diskretion, die gestern im Orchester herrschte, muß unbedingt auch auf andere gleichartig instrumentierte Werke übertragbar sein. Es liegt augenscheinlich nur am guten Willen. Durch diese Deutung kam die Plastik der musikalischen Arbeit, die im „Parsifal“ viel schwächerer zu verfolgen ist, als im „Nibelungenring“, klar zum Ausdruck.

Von den Darstellern sei in erster Linie der Gurnemanz des Herrn Mittelopp erwähnt. Der treffliche Künstler, den wir leider aus rein materiellen Gründen verlieren sollen, kehrt uns anfangs und schwierigen Rolle seine prachtvollen Stimmkräfte und gewährt auch dem Auge einen Genuß durch die vornehme Repräsentation, mit der er die Gurrenfigur ausstattete. Sedes war ein vorzügliches Amorios. Seine schmerzhaften Szenen wirkten tiefgreifend, weil er sie gesanglich wie darstellerisch geschickt aufzubauen und zu feigen verstand. Für den Königsohn fand Herr Gubdowicz ein traumhaft volles und charakteristisches Ausdrück. Vorbildlich kann seine Legbehandlung angesehen werden. In der Titelpartie bewährte sich die vielseitige Kraft Gocholski. Sein edles, tiefes Organ von mächtigen Männlichkeit, gehörte einem feinen Künstlerhande, der sich auch in einer feinen Gebärdenprache zu erkennen gab. Wenn uns dieser Künstler, nur nicht durch die Uebernahme solcher Rollen für die italienische Oper verloren geht, ist hätte ebensowohl den Verlust für schmerzlicher, als den eingebrachten Gewinn. Wagner'scher guter Qualität sind nicht so selten! — Den Zwiespaß mit Kundry schuf Gocholski, der auch in der Walse ungewöhnlich vortheilhaft ausfiel, mit Frau Verhulst in glühender Größe und ausgezeichneter musikalischer Gestaltung. Daß die beiden taten Parität, die gerade dieses Duett enthält, recht abspannen, liegt ganz nicht an den genannten ausführenden Künstlern. Frau Verhulst

wurde mit ihrem hinreichenden Temperament dem wechselnden Charakter dieses seltsamen Weibes gerecht, indem sie die unheimliche Wildheit ebensowohl traf, wie die Sinnlichkeit und die rührende Buhfertigkeit. Des Titels kurz, aber wegen ihrer Ungebedetheit — er singt ohne Orchester — gekürztes Szenarium nur einem über allen Zweifel erhabenen musikalischen Sänger anvertraut werden. Herr Pierrich rechtferdigte das in ihm gesetzte Vertrauen. Die Blumenmädchen und kleinen Pantomimen waren durchweg in den Händen erster Kräfte. Als Pantomime sei erwähnt, daß Herr Wilhelm nicht auftrat; aber das heißt Kompa's noch!

Ein fleißiges Studium zeigte auch auf hiesigem Gebiete beachtenswerte Leistungen, von denen empfindlichen Kritiker starkes Lob für die Schluß gegeben. Nicht sind diese Ehre, namentlich die der Blumenmädchen, nicht.

Die zeitliche Ausstattung war von guter Wirkung. Auf die „Wandelbeckerin“ mußte man verzichten. Der Weg nach der Grabburg wurde durch wechselnde zeitliche Bilder angeleitet, die an sich einer künstlerischen Bedeutung nicht entbehren; jedoch durch die vorübergehende starke Verdunkelung der Bühne und die weichen färbenden Kommando- und andere Zwischenszenen wurde man doch empfindlich in der Mischung gefehlt. Das sind wohl Dinge, die mit den weiteren Aufführungen verschwinden, aber diese genügende Proben leicht hätten vermieden werden können.

Der Beifall, der nach den beiden ersten Akten nur flüchtig einwirkte und auch sofort unterbrochen wurde, mochte sich am Schluß als ein lobender Ruf zum Ausdruck bringen, der die Künstler und Prüwer diese Male auf die Bühne führte. S. M.

Während meiner

95 Pfg. Tage

kommen grosse Posten **Trikotagen, Strümpfe, Socken, diverse Wollwaren, Strickmützen, Sweaters, Damen- und Herren-Barchenthemden, Barchentröcke und Hosen, Damenblusen, Schürzen etc.** zum Durchschnittspreise von **95 Pf.** zum Verkauf. Der reguläre Wert sämtlicher Artikel ist ein ganz bedeutend höherer.

Ganz besonders billig:

1 Posten **Herrenpelzhosen** Paar 95 Pf. 1 Posten **Kinder-Unteranzüge** in Ringel-Pelztrikot, fast nur grosse Nummern, Paar 95 Pf.

Kaufhaus A. Robowski, Gräbschenerstrasse 54

Filialen: Westendstrasse 51, Gräbschenerstrasse 82 a, Hohenzollernstrasse 2.

12410

Stadt-Theater.

Freitag, 7 1/2 Uhr 12131
„Cavalleria rusticana.“
Dienstag:
„Das Gock in der Landstraße.“
Samstags nachmittags 3 Uhr:
„Hänsel und Gretel.“
Dienstag:
„Ein Weihnachts-Märchen“
(Ballettpantomime.)
Abends 7 1/2 Uhr:
(Erwähnte Preise.)
„Fingros Hochzeit.“
Samstag, Anfang 5 Uhr:
„Parfäal.“

Lobe-Theater.

Freitag, 7 1/2 Uhr:
Sam 8. Male:
„777 : 10.“
Samstags, 7 1/2 Uhr: 12136
„Pygmalion.“

Thalia-Theater.

Freitag, Gruppe F, 5. Vorstellung:
„Der Probekandidat.“
Samstag 7 1/2 Uhr: 12141
„Der müde Theater.“

Schauspielhaus (Operettenbühne.)

Freitag, 8 Uhr:
„Die Stuckkönigin.“
Samstags 8 Uhr:
„Die ideale Gattin.“
Sonntag nachmittags 3 1/2 Uhr:
„Das Farmernädchen.“
Abends 8 Uhr: 12146
„Die Stuckkönigin.“
Montag, 8 Uhr:
„Die ideale Gattin.“

Lieblich's Etablissement

12148 Täglich 8 Uhr:
Leonhard
Häskel
In seinem neuesten Schlager:
„So'n frecher Kerl“
und eine Reihe erstklassiger Kontrakte.

Circus Sidoli

Im Circus Busch-Gebäude,
Heute Freitag 8 1/2 Uhr:

Gr. Jour fixe.

Direktor Sidoli's glänzende
Freiheitsdrassuren
und die übrigen
:- Kapazitäten! :-
Vorverkauf: Barasch, Sowinski
und Circuskasse. [12431]

Viktorja-Theater.

„Marie Antoinette.“
Am. Wochentg. 8, Sonntag 7 1/2.
Jeden Sonntag 9 1/2 Uhr:
Nachm.-Familien-Vorstellung.
Halbe Preise. 12156

Opabaret Fürst Blücher.

Ronschestrasso
Täglich 8 Uhr
mit 12101
Hugo Lohan
Hans Seiden
Wedy Herdermann
Rosa Gerda
Elsa Stradwell
Erna Kirsch.
Entree 19 Pfg.

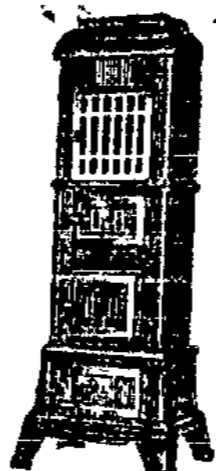
Palmengarten

Heute Freitag:
2. grosses
Bockfest.
Doppel-Konzert.
Janietz-Orchester
des grossen Erfolges wegen prorgangt.
6 Favorits
Damen-Ensemble.
Stimmung.

Für wenig Geld

kaufen Sie gute geb. Möbel, gut
richtungen zu 20, 50, 70, 100 Mark.
Friedrichstrasse 53a.

Haus- und Küchengeräte, Lampen,
eiserne Öfen und Ofenrohre
zu billigsten Preisen.



Paul Hauschild Jr.

Friedrich-Wilhelmstrass 102.
Vom 1. März ab
schrägüber
Friedrich-Wilhelmstr. 89.

Rohtabake

empfehlen in gr. Auswahl billigst
Johannes Kubis
Zigarren-Fabrik 9842
Gneisenanstrasse 17
Ecke Lehndamm.

Kaufe geb. Möbel bei plötzl. Fort-
reise, Leberfall,
Umzug, gg. Wohn-Einrichtung, gegen sofort.
zahlung zu 20, 50, 70, 100 Mark. Best. briefl. o. mündl.
12438
Waldler, Friedrichstr. 53 u. Gartenstr. 8a.

12411 Wiener Kundtschaft

ein gesundes neues Jahr!

D. Zinsler u. Frau, Katzbachstr. 5.

Ein fröhliches neues Jahr!

wünschen allen werthen Kunden, Freunden und Bekannten
O. Wengler u. Frau, Fleischermeister
Gräbschenerstrasse 135.

Diana-Bad

Willmannstrasse Nr. 10. 11751
Dampf-, Kur- und Wannenbäder.
Annahme sämtlicher Krankenkassen.

Fleischwaren!

Räucherspeck à Pfd. 80 Pf.
Rauch-Fleisch „ 90 „
Prima Roll-Schinken
7. Rohschneiden à Pfd. 1.20
Sämtliche anderen Fleisch-
waren zu Tagespreisen.

Emil Hellmann

Sandstrasse 13
schrägüber der Zentral-Markthalle.

Gut! Lederwaren aller Art. Bindig!
Wachtelstaschen, Schultaschen, Damen-
taschen, Kleintaschen, Portemonnaies
u. f. w. 11897
K. Lang, Sattler, Friedrichstr. 30a.

Eduard Bernstein:
Die Grundbedingung
des Wirtschaftslebens.
Preis 30 Pf.

Arbeitsmarkt

Holennäherinnen
gute Lager m. Gefährtsch. judi Kleppel,
Bühnerstr. 21. 12138

Central-Schuhhaus

Ernst David & Co., Breslau, Reuschestr. 45
am Hotel Union

Unser

Inventur-Ausverkauf

beginnt Sonnabend, den 3. Januar

Die Preisherabsetzungen sind ganz bedeutende.

Machen Sie einen Versuch!

Damen-Schuhe von Mk. 3.90 an | Herren-Stiefel von Mk. 4.90 an

Central-Schuhhaus Ernst David & Co., Breslau, Reuschestr. 45
nahe am Königsplatz.

12435

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 2. Januar.

Der kritische Punkt

im Kampf zwischen Kassen und Ärzten.

Der 1. Januar war der Tag, an dem sich in den meisten Orten, besonders auch in Breslau, die vollzogene Einigung der Kassen mit den Ärzten, wie sie von der Zentralinstanz vorgeschlagen war, bewähren sollte, vorläufig ist davon aber wenig zu merken. Der Ortskrankenkassenverband, dessen Vorsitzender bekanntlich der Genosse Frähdorf in Dresden ist, hat am Dienstag dem Reichsamt des Innern eine Stellung zu der Vereinbarung mit den Ärzten mitgeteilt. Darin wird zwar allgemein die Zustimmung zu dem Vertragsabschluss ausgesprochen, aber der Verband lehnt es ab, generell sich für die Übernahme der Entschädigung an die zu entlassenden, von auswärtig zugezogenen Ärzte zu erklären. Er will es vielmehr den einzelnen Ortskrankenkassen überlassen, ob sie diese Entschädigung, die zur Hälfte nach der Vereinbarung die Krankenkassen leisten sollte und zur anderen Hälfte die Ärzteschaft, auf sich nehmen wollen. Da es nun die Breslauer Kassen ganz außerstande sind und sie haben denn auch keinen Versuch unternommen, die Tätigkeit der inzwischen schon nach Breslau zugezogenen neuen Ärzte zu hindern. Drei Tage vor dem Termin pöblich Kontroverse zu geben, das war nicht nur ein sehr gefährliches, sondern ein unmögliches Unternehmen. Es ist also im Augenblick gar nicht zu übersehen, was aus der ganzen Sache noch werden soll. Auch aus dem Standpunkt der Ärzte wird es nicht zu übersehen, dass die Verhandlungen am 31. Dezember als geheitert abgeschlossen wurden. In der Sitzung wird es ebenfalls zum Konflikt kommen, da der dortige Verband der Orts- und Betriebskrankenkassen entgegen den Zentralabmachungen an seinem mit acht auswärtigen Ärzten geschlossenen Vertrag festhält. Das Versicherungsamt hält die ärztliche Hilfe für ausreichend sicher gestellt. Die Ärzte haben daraufhin erklärt, daß sie jede Behandlung von Kassenpatienten auch als Privatpatienten ablehnen, nur bei plötzlicher Lebensgefahr erklären sie sich zur Hilfeleistung bereit.

Eine kleine Hoffnung läßt sich vielleicht daran nützen, was aus dem Reichsamt des Innern gemeldet wird:

„Der Durchführung des zwischen den Ärzten und den Krankenkassen getroffenen Abkommens waren, soweit die Ortskrankenkassen in Betracht kommen, bezüglich der Handhabung der Uebernahmestimmungen Schwierigkeiten zu erwarten, die den Staatssekretär des Innern, Staatsminister Dr. Delbriick, veranlaßt haben, sich zur Verhandlung mit den Beteiligten, gemeinschaftlich mit dem Leiter der Berliner medizinischen Fakultät, Geh. Medizinalrat Dr. Passow, nach Leipzig begeben. Das Ergebnis ist, daß nimmere auf der Grundlage des Berliner Abkommens die Grundzüge der Vereinbarung endgültig feststehen. Die näheren Vereinbarungen werden schon in den nächsten Tagen durch weitere Verhandlungen angebahnt werden, zu denen Vertreter der beteiligten Verbände wieder in Berlin zusammenzutreten werden. Eine Verzögerung in der Durchführung tritt nicht ein, da seitens der Ärzteorganisationen bereits am 30. Dezember abends die erforderlichen Weisungen an ihre örtlichen Organisationen gegeben waren.“

Ohne ganz eingehende Sonderverhandlungen und Sonderbedingungen wird sich auch in Breslau keine Klärung der Lage erzielen lassen.

In Breslau haben alle neuen Ärzte bis auf 3. die erkrankt sind, ihre Stellung angetreten, so daß für ärztliche Hilfe ausreichend gesorgt ist. Die Kassenmitglieder und die Kranken sind genügend versorgt. Für leichtere Erkrankungen ist

außerdem die ärztliche Beratungsstelle, Herrenstraße 34, errichtet, die wochentags von 8 Uhr vormittags bis 6 Uhr abends ununterbrochen geöffnet ist, Sonntags von 9 bis 10 Uhr.

Wer bekommt Altersrente?

Noch immer muß man 70 Jahre alt sein, wenn man Altersrente haben will. Die Versicherungsanstalten schwindegen zwar im Gelde und wissen oft nicht, wohin sie damit sollen, aber die Altersgrenze ist bis heute nicht auf 65 Jahre herabgesetzt. Wer eine Altersrente beantragt, muß jedoch nicht nur 70 Jahre alt sein, er muß auch Marken geklebt haben. Es ist ein großer Irrtum, zu glauben, daß alle 70 Jahre alten Arbeiter und Arbeiterfrauen ohne weiteres eine Altersrente bekommen. Das ist eine durchaus falsche Annahme. Eine Altersrente wird nur dann gezahlt, wenn die 70 Jahre erreicht und auch die nötigen Marken geklebt sind. Wer im Jahre 1914 70 Jahre alt wird und Altersrente verlangt, muß geklebt haben, wenn er nach dem Eintritt der Versicherung beschäftigt war:

1. als Arbeiter, Gehilfen, Gesellen, Dienstboten, Handlungsgehilfen, Betriebsbeamte 920 bis 960 Marken
2. als Hausgewerbetreibende der Textilfabrik von 890 „ 920 „
3. als Hausgewerbetreibende der Textilindustrie mit Versicherungspflicht vom Jahre 1894 774 „ 814 „
4. als Hausgewerbetreibende der Textilindustrie mit Versicherungspflicht vom Jahre 1896 720 „ 760 „
5. als Lehrer, Lehrinnen, Erzieher, Gesellschaftsleiterinnen, sonstige Angestellte, deren dienstliche Verhältnisse ihren Hauptberuf bildet und bezahl, für die der Versicherungszwang am 1. Januar 1909 eintrat 560 „ 600 „
6. als Weibchen und Weibchen in Apotheken, Bäckereien und Dörfer-Mitglieder die am 1. Januar 1912 versicherungspflichtig wurden. 80 „ 120 „

Bei den allermeisten Arbeitern und Frauen, die jetzt eine Altersrente fordern, müssen also mindestens 920 Marken geklebt sein: sonst gibt es keinen Pfennig. Es ergibt sich daraus die Pflicht, die Versicherungsbeiträge recht pünktlich zu zahlen.

Konservative Entstellungen.

Wie systematisch die Leser der konservativen Presse über die Sozialdemokratie, ihre Veräufung und ihre Bestrebungen irreführt werden, dafür liefert der Neujahrsvorbericht der „Schlesischen Zeitung“ einen neuen Beweis. Mit eiserner Stimm richtet sie sich folgende Lügen zusammen:

Das Kleinwerk sozialer Gesetzgebung, die Reichsversicherungsordnung, entspringt nicht, wie man zu lesen vermag, der Arbeit der Reichsregierung, sondern ist das Ergebnis der Tätigkeit der Reichsversammlung, die seit dem 1. Januar 1914 einbezogen worden ist, er also ohne Subsidienmittel da steht. Das ist nicht wahr. Der betreffende Reichstag lautet dahin, daß dem Abgeordneten Reichstag am 31. März bezahlt wird, die sofortige Entziehung vom Amt mußte vorgenommen werden, da sich Abgeordnete für die Gründung von polnischen Gewerkschaften gegen den Arbeitgeberverband betätigt, er also nicht Sekretär dieses Verbandes bleiben konnte. Die an die Meldung geknüpfte Betrachtung über die sozialdemokratische Menschenfreundlichkeit ist also hinfällig und wir erwarten von der Lokalität der „Schlesischen Volkszeitung“ eine Richtigstellung ihrer Notiz. Dem polnischen Blatt ist eine preßgesetzliche Verurteilung zuzugange.

Ein Maltrier am Jahresabschluss. Viel zu früh hat sich ein Maltrier aus Tageslicht gemagt, den uns am Neujahrstage ein Steinheber freundlich überbrachte; er fand das Tierchen, das sonst den Vormonat zu künden pflegt, am 31. Dezember im Galle bei Manieren. Im warmen Nebelstimmiger fing der Maltrier gar lustig zu krabbeln an; er dürfte aber kaum die Frühjahrsform begrüßen.

Ein untrübter Abend im Lobetheater.

Das verfloßene Jahr auf lustige Weise zu beenden, war ein guter Einfall unserer Schau spieltücher. Unter der Leitung des Herrn Galpern, der als „Konferenzier“ tätig war, traten die Mitglieder einmütig dem Direktor Herrn Birron, zusammen, um dem Publikum in übermütiger Weise einen lustigen Abend zu bereiten. Warum aber sich die meisten der uns sonst sehr lieben Mitglieder nicht in Kopie setzten, singen zu müssen, vermag ich nicht einzusehen. Mancher unter ihnen hat durch seinen „Gesang“ so manchen Freund unter dem Publikum, wie ich zu bemerken Gelegenheit hatte, verloren. Wir, die wir indirekt mit zum „Gau“ gehören, sind in diesem Punkte nachsichtiger wie das „liebe Publikum“, daß sich „B“ am Schlusse des Abends den eine derbe Parodie des „Don Carlos“ im Schmierenski entbede, als sehr kräftig erwidert. Wo wie gelangt, ich will nicht über die „Gelangensleistungen“ über das „Wie“ sondern mehr über das „Was“ berichten. Und als Ganzes war der Abend gelungen, wenn man vielleicht in Zukunft etwas mehr dem Breslauer Lokalcharakter Rechnung tragen könnte. Der Breslauer ist gegen einen derben Scherz, wie er in Berlin, Wien oder München etwas selbstverständliches ist, empfindsam. Die laute Fröhlichkeit, die Volkstimmung die man am Silvesterabend in den Theatern des germanischen Westens antastet, ist ihm in seiner vornehmen Schwerköniglichkeit etwas fremd und unheimlich. Darum fanden manche Darbietungen nicht den Anklang den sie verdienen.

Von hoher Künstlerkraft zeugte der Klavier Vortrag („Feuerzauber“ aus Wagner's „Walküre“) des Herrn Gortler, der sich mit jedem Konzertsaal hören lassen kann. Einen herrlichen Jubel riefen ein paar Volkslieder hervor, die Hl. von Sellling mit klugem — in mich ein Ausdrucksvermögen Vortrag. Auf die Gefahr hin, als ungalant zu erscheinen, muß ich doch sagen, daß ich sie lieber sprechen als singen höre. Es ist sonst nicht meine Art, Kostüme zu erwähnen, aber bei dieser Darbietung muß man einen, selbst vom Standpunkte des Kunstgewerblers, ungewöhnlich sein entwickelten Geschmack ihrer Bekleidung immer wieder von neuem bewundern. Weniger die Pracht, immer aber den Schreien, nie aufdringlichen Stil. Sie gibt Gemälde der darzustellenden Zeit. So war auch diesmal, wo sie die Volkslieder im Krinolinenkleid Vortrag: ein Bild von harmonischer Schönheit. Herr Birron sang Hoffmanns Preislied aus dem Tannhäuser und ein Rheinlied mit einem an sich guten Bariton, der aber für ein Theater zu unsicher ist, zugleich er sich mit Gelächter über die Affäre zog; aber immerhin, auch von ihm gilt das was ich schon oben von Hl. v. Sellling sagte: ich höre ihn lieber sprechen als singen. Neben unserem „unheimlichen“ Papa Will, dessen zum Gemüt gehörender Humor auch diesmal wieder glänzte, abermals noch

ihm am wenigsten vermutete — sowie Hl. Kriß (Hansone), Hl. Probst (berber Soldatenlieder) und Hl. Parlow die den Pierrot von Schumann pantomimisch darstellte.

Die tolle Silvesterlaune unserer Darsteller ließ sich aber in der Schmierenski die „Don Carlos“ oder „Der Infant von Spanien“ oder „Der unnatürliche Sohn“ des Theaterdirektors von Hl. Kletzkau W. Wims (vormals Witwe Dämpfer) zum Vortrage des Souffleaus aus. Herr Scholz gab den augenwärtigen zähneklaffenden König Philipp, der nur öfter mit dem Souffleur in Streit kam, wer „ab“zugehen hätte, in einem fürchterlichen Schmierenski; Herr Schäfer, der einen frohjauchenden Don Carlos in herumergerolltem Trolot hinstellte, sowie Herr Waldmann, der den Marquis Boja im Kostüm eines italienischen Räuberhauptmanns spielte oder gar Herr Will, der bald den „Herzog Alca“, den „Verma“ oder den „gelamten Hofstaat“ nebst „Habarber murmeln“, „Voll“ in der Uniform eines Dorfjägerherrmannes gab, fanden ihm in nichts nach. Dauchgrimmig verurteilte Frau Maeder-Stege mann als groteske lächelnde Königin, die sich in der Schlußszene mit einem gemäßigten „Ach Herrje“ ebenfalls auf gemeinen Sterben hinlegt, zu dem Herr Will als „Schluß-Phosphor“ ein bengalisches Streichholz anzündet. Spiel und Ausstattung war feinerweichend. Es war um auf die Bühne zu treten. Mit Worten gar nicht zu schildern, um so mehr, als gegen den Schluß ein Teil des Publikums ohne Gage mitspielte. Feine nahmen die Sache ernst und protestierten durch heftiges Pfischen; durch eilige Klatsch dagegen, daß man aus der Tragödie des „ceihern“ von Schiller ein so blutiges Schauerstück gemacht hatte. Ich habe mich über beide herzlich amüsiert.

Aus aller Welt.

Schwere Vergiftungen bei einem Stollenbau.
Am Dienstag abend 9 Uhr wurde in Cannstadt (Württemberg) die Feuerwache nach der Baustelle der stollenförmigen Kläranlage gerufen. Der Bauherr stellte der schnell herbeigekommenen Giftmischungsanstalt mit, daß im Stollen sechs bis fünfzehn Mann bewußtlos lagen. Nach Zurücklegung einer Strecke von etwa 200 Metern wurden im Stollen die ersten fünf bewußtlosen Arbeiter gefunden. Drei wurden auf die zum Abfahren von Gerölle bestimmten Keinen Hallwagen gelegt, die beiden anderen wurden von Giftmischungsanstalten getragen. Die Träger wurden in der mit giftigen Gasen erfüllten Luft durch die Giftmischungsanstalt und

„eif“ zurückgehalten wurden. Obwohl der Bund der deutschen Versicherungsvereiner in seiner Märzversammlung eine Arbeitslosenversicherung bzw. Arbeitslosenunterstützung selbst mit erheblicher Staatsbeihilfe: versicherungstechnisch als undurchführbar bezeichnet hat, suchen die Sozialisten und ihre politischen Mitläufer (! Die deutschen Gewerkschaften!) dem Reiche auch diese neue Last aufzubürden, und die sehr bedauerliche Furcht der Reichsregierung vor dem gegenwärtigen Reichstag, dessen Mehrheitspartei an Stelle (?) des verstorbenen Sebel einen Scheidemann zum Führer ertoren hatten, zu nützen.

Die neue Wille der staatlichen Anstalten, die Dienstleistungenversicherung, läßt endlich auch einmal weitere Kreise die „Anschmittigkeiten“ der Sozialgesetzgebung erkennen. Mancher Haushaltungsvorstand wird in diesen Tagen zu der Ueberzeugung gekommen sein: „So geht's nicht weiter“. Da auch die Kommunalverwaltungen vielfach die ihnen erbetenen Möglichkeiten zur Erleichterung der Versicherungslast nicht benützen, hat man da und dort zur Selbsthilfe gegriffen. So ist in Breslau ein Verein von Dienstverhältnissen gegründet worden, um seinen Mitgliedern bei der Abwehr unnötiger Belastung zur Seite zu stehen.

Kein Wunder, daß mit der rapid anwachsenden sozialen Fürsorge auch die Aufgaben der Landesversicherungsanstalten und deren Betriebsumfang wächst. So sieht sich die Schlesische Anstalt mit Rücksicht auf die neue Hinterbliebenenversicherung zu einer erheblichen Verstärkung ihres ohnehin schon recht beträchtlichen Beamtenheeres und zur Errichtung eines neuen siebenstöckigen Verwaltungsgebäudes an der Kronprinzenstraße, sowie zur Erbauung einer eigenen Pensionsanstalt neben ihrem Gensendehaus in Bohlenstraße genötigt.

Daß für kranken Arbeiter eine Heilstätte erbaut wird, in der ihr elendes Leben gebessert, wenn möglich gerettet, auf alle Fälle aber etwas verlängert wird, das ist natürlich in den Augen eines wahren Christen und guten Deutschen eine völlig unerwünschte Entwicklung. Die Noth, die darin liegt, solch bitter notwendiger Fürsorge, die Familien ihren Ernährer, Kinder ihren Vater erhalten soll, als Teilhaber einer verdammenwerten Entwicklung hinzustellen, sie wird nur noch überboten durch die Frechheit im Anschluß an die Bemerkung über die Arbeitslosenversicherung. Hier macht man den „Breslauer Sozialdemokraten kurz und deutlich den Vorwurf, daß sie Lügner und Betrüger, Häufher von öffentlichen Zuschüssen sind, ohne auch nur die Spur eines Beweises dafür zu haben. Aus freier Hand wird zusammengegeschwindelt, was einseitig präparierte Leser als Wahrheit hinnehmen müssen, und den Schaden davon hat nicht so sehr die Sozialdemokratie, sondern der Arbeiter ohne Unterschied des politischen und religiösen Bekenntnisses. Und in dieser volkstümlichen Weise kränkt sich ein Blatt, das von dem Arbeiter verlangt, er möge „patriotisch“ sein und „religiös“ — so patriotisch und christlich wie diese Sorte!

Die „Schlesische Volkszeitung“ gibt eine Meldung des polnischen nationalsozialen Blattes „Zamiat Robotniczy“ wieder, nach welcher der frühere Bergarbeitersekretär Adamek auf seine selbst eingeleitete Kandidatur hin sofort entlassen worden sei und ihm das Gehalt vom 1. Januar 1914 entzogen worden ist, er also ohne Subsidienmittel da steht. Das ist nicht wahr. Der betreffende Reichstag lautet dahin, daß dem Abgeordneten Reichstag am 31. März bezahlt wird, die sofortige Entziehung vom Amt mußte vorgenommen werden, da sich Abgeordnete für die Gründung von polnischen Gewerkschaften gegen den Arbeitgeberverband betätigt, er also nicht Sekretär dieses Verbandes bleiben konnte. Die an die Meldung geknüpfte Betrachtung über die sozialdemokratische Menschenfreundlichkeit ist also hinfällig und wir erwarten von der Lokalität der „Schlesischen Volkszeitung“ eine Richtigstellung ihrer Notiz. Dem polnischen Blatt ist eine preßgesetzliche Verurteilung zuzugange.

Ein Maltrier am Jahresabschluss. Viel zu früh hat sich ein Maltrier aus Tageslicht gemagt, den uns am Neujahrstage ein Steinheber freundlich überbrachte; er fand das Tierchen, das sonst den Vormonat zu künden pflegt, am 31. Dezember im Galle bei Manieren. Im warmen Nebelstimmiger fing der Maltrier gar lustig zu krabbeln an; er dürfte aber kaum die Frühjahrsform begrüßen.

ten samt den Getragenen von den Kameraden geborgen werden. Ebenso erging es einigen zu Hilfe eilenden Arbeitern. Draußen vor dem Stollen trat zunächst der Sauerstoffapparat in Tätigkeit. Ansbann wurden vier Gerettete nach dem Camphader Bezirkskrankenhaus gebracht. Inzwischen erkannte man, daß die Ketter nur noch mit Hilfe des mitgebrachten Bergwerksrettungsapparates weiter vorbringen könnten. Mit seiner Hilfe gelang es nunmehr, bis an die Spitze des Stollens zur Bohrstelle vorzudringen. Die Benzolmaschine, die das ausgearbeitete Geröll auf sogenannten Hunden entzerrt, mußte überklettert werden. In der Bohrstelle lagen zwei Arbeiter. Sie wurden über die Maschine gehoben und dann auf Hunden dem Ausgange zugerollt. Dabei erlitten man neben der Maschine einen weiteren Verunglückten, der bereits tot war. Um sicher zu sein, daß kein Verunglückter im Stollen liegen geblieben war, unternahm der diensttuende Feldwebel mit einem Feuerwehmann noch einen Erkundungsgang, wobei ein weiteres Opfer gefunden wurde. Als die Ketter den Rückweg antraten, merkten sie, daß ihnen selbst das Verunglückte zu schaden ben begann. Sie gaben das Retzeichen, worauf die Kameraden von dem Stolleneingang nachrückten und die Ketter samt den Opfern borgen. Neun der Verunglückten wurden in das Bezirkskrankenhaus in Camphad gebracht.

Allem Anschein handelt es sich um eine Vergiftung durch Sumpfgase.

Untergang eines Lokschiffes. Unterhalb Norderns ist einem Telegramm zufolge am Dienstag nacht ein Lokschiff gesenkt. Drei Insassen, die Lokführer Böhl und Großmagd sowie der Lokschiffsprant Thode sind ertrunken.

Im Flugzug: Paris-Rairo-Indien-Australien. Der in Rairo eingetroffene Piloter Bedrines telegraphiert, daß er die Absicht habe, seinen Flug von Rairo aus über Kairo, Indien nach Australien fortzusetzen. Der Piloter Bonner, der am Dienstag früh mit seinem Flugzeug in Adana aufgelandet war, landete nachmittags in Beirut. Auch er beabsichtigt, nach Rairo weiterzukommen.

